

Der wirksame Druck der Gesellschaft

Menschen orientieren sich nicht nur an Eigeninteressen, sondern auch an Normen. Diese Erkenntnis hat Folgen für die Krisenbekämpfung

GUSTAV HORN

Wir stehen vor einem Paradigmenwechsel. Die Krise auf den Finanzmärkten und die globale Konjunkturkrise haben die Grenzen der dominierenden neoklassischen Theorie und der aus ihr geborenen Strömung des Neoliberalismus in dramatischer Weise aufgezeigt. Die Finanzmärkte, wesentliche Quelle der aktuellen Krise, sind ausgerechnet jene Märkte, die in Teilbereichen am wenigsten unter regulatorischen Beschränkungen oder gar Rigiditäten zu leiden hatten, wie dies für die Güter- und vor allem für die Arbeitsmärkte immer wieder unterstellt wurde. Insofern hätten sie sich nach neoliberaler Sichtweise besonders dynamisch und vorteilhaft entwickeln müssen. Eine Krise des zu beobachtenden Ausmaßes hätte überhaupt nicht entstehen dürfen.

Es hat sich jedoch in den vergangenen Monaten für jeden sichtbar gezeigt, dass unregulierte Märkte instabil sind. Diese Erkenntnis steht in fulminantem Widerspruch zur Wirtschaftspolitik des vergangenen Jahrzehnts. Dabei ist sie nicht einmal neu: Sowohl vor dem Ersten als auch vor dem Zweiten Weltkrieg waren Märkte schon weitgehend unreguliert. Daraus resultierten Krisen von teilweise globalem Ausmaß. Der Aufstieg des Keynesianismus ist ohne diese Krisen nicht vorstellbar. Schließlich ist ein zentrales Element der Lehren des britischen Ökonomen John Maynard Keynes, dass marktwirtschaftliche Systeme nicht nur krisenanfällig sind, sondern Krisen auch nicht aus eigener Kraft überwinden können.

Die Wirtschaftspolitik in Deutschland hat im Zuge neoliberaler Dominanz die Weichen in Richtung Rückzug des Staats und Deregulierung gestellt. Übersehen wurde freilich das Problem, das schon Keynes umtrieb: wie Märkte mit fundamentaler Unsicherheit umgehen.

Unsicherheit oder Risiko?

Im Marktconcept des neoliberalen Paradigmas ist dies gar kein Problem. Dort gibt es keine fundamentale Unsicherheit, sondern allenfalls Risiken bei im Prinzip stabilen Märkten. Dies ist ein bedeutsamer Unterschied, denn bei Risiken kennt man abgesehen von Zufallsschwankungen den Weg, den eine ökonomische Entwicklung nimmt. In diesem Fall wird sich jeder rational handelnde Konsument und Unternehmer auch in einer Phase ökonomischer Schwäche an dieser Stabilität ausrichten und sich von selbst antizyklisch verhalten. Mit anderen Worten: In solch einem Umfeld leisten die Privaten den wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft. Die Notwendigkeit einer Stabilisierungspolitik seitens des Staats ergibt sich allenfalls begrenzt.

Der Nobelpreisträger George Akerlof hat eine realistischere Sichtweise aufgezeigt. Er greift die mikroökonomische Fundierung des neu-

klassischen Paradigmas an, indem er einzelwirtschaftliche ökonomische Rationalität durch Normen ersetzt. Seine These ist, dass Individuen neben ihren persönlichen Interessen auch gesellschaftliche Normen berücksichtigen. So gilt es etwa als Norm, dass die aktuellen Ausgaben von privaten Haushalten in enger Beziehung zum aktuellen Einkommen stehen sollten. Zudem gibt es auch Normen, darüber, wie nominale Größen, insbesondere Löhne, sich verändern sollten. Arbeitgeber sollten beispielsweise Nominallöhne nicht senken.

Normen sprengen das Modell

Es bestehen somit nominale Rigiditäten, die im neoliberalen Paradigma nicht auftreten können. Unterstellt man die durch Studien belegte Existenz dieser Normen nun in makroökonomischen Modellen, sind zentrale Bestandteile des neoliberalen Paradigmas wie etwa die realwirtschaftliche Unwirksamkeit von Stabilisierungspolitik nicht mehr haltbar. Stattdessen ergeben sich Resultate, die jenen keynesianischer Modelle ursprünglicher Prägung entsprechen.

Der geschilderte Gegensatz ist im Kern der zwischen individueller und gesellschaftlicher Rationalität. Das weist auf ein Paradoxon in den bisher dominierenden Theorien hin. Einerseits wird in diesen Modellen unterstellt, dass die individuelle Rationalität der Nutzen- und Gewinnmaximierung auch der gesellschaftlichen entspricht.

Andererseits wird Individualität weitgehend ausgeblendet, indem lediglich ein repräsentativer Haushalt oder ein repräsentatives Unternehmen auftritt. Die eigentliche Aussage lautet demnach: Wenn alle Individuen gleich oder zumindest ähnlich sind, dann kann diese individuelle Rationalität zur gesellschaftlichen erhoben werden. Gäbe es wirkliche Individualität in diesen Modellen, zerbrächen sie an ihrer Komplexität.

Der keynesianische Weg im Akerlof'schen Sinne führt in die Gegenrichtung. Wesentlich sind nicht individuelle Normen, die auch gesellschaftlich gültig sind, sondern gesellschaftliche Normen, die überdies individuell gültig sind. Es ist nicht alles möglich, sondern weitgehend nur das, was den Normen entspricht. Dies gibt eine gewisse Sicherheit und erleichtert ökonomische Entscheidungen.

Stabilitätspolitik ist in diesem Kontext nicht nur eine mechanische Steuerung der Wirtschaft, sondern ein Beitrag zur Verminderung von Informationskosten. Wenn die Individuen wissen, dass in Zeiten einer Krise die Zentralbank oder die Regierung Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft ergreifen, werden sie ihre Entscheidungen in Erwartung dieser Reaktion weniger prozyklisch gestalten.

Damit wird aber der Wirtschaftspolitik Gestaltungsmacht jenseits mikroökonomischer Anreizreformen zugestanden – und sie muss dann auch ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung für die Stabilität der Wirtschaft gerecht werden.

GUSTAV HORN ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung.

Normen geben Sicherheit und erleichtern ökonomische Entscheidungen

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

Sprecher des Chefredakteurskollegiums:

Steffen Klusmann

(Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)

Stellvertretende Chefredakteure:

Sven Clausen (FTD), Gereon Kruse

(Börse Online), Alexander Mayerhöfer

(Impulse), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

ArtDirector:

Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)

Geschäftsführende Redakteurin:

Isabelle Arnold

Chefs vom Dienst:

Cosima Jäckel, Michaela Schmid

Bildchef:

Peter Raffelt, José Blanco (Stv.)

Unternehmen:

Guido Warlimont (verantwortl.), Claus Gorgs (Stv.), Jörn Paterak

(Stv.), Politik: Andreas Theysen (verantwortl.), Finanzen: Tim Bartz

(verantwortl.), Geld: Marie-Luise Hoffmann

(verantwortl.), Helmut Kipp (Stv.), Jochen

Mörsch (Stv.), Agenda: Christian Baulig

(verantwortl.), Horst von Buttler (Stv.),

Online: Dr. Anton Notz (verantwortl.)

Verantwortliche Redakteure im Sinne

des Presserechts sind die vorstehend als

solche genannten Redakteure für ihren

Bereich, im Übrigen die Chefredaktion.

Geschäftsführer:

Ingrid Haas, Christoph Rühl

Anzeigenleiter:

Mario Suchert (verantwortl.)

G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG

Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg

Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

„Financial Times“, „Financial Times

Deutschland“ and „FTD“ are registered

trade marks of The Financial Times

Limited and used under license. The

Financial Times Limited is neither the

publisher of nor responsible for the

content of this publication.

Vertrieb:

DPV Deutscher Pressevertrieb

Leitung: Randi Greve, Düsterstr. 1-3,

20355 Hamburg

ISSN 1615-4118

Nachdruckrechte/Syndication:

Picture Press Bild- und Textagentur

GmbH, Koordination: Petra

Martens; Anfragen: Nicole Wulff,

Tel. 040/37 03 34 01,

E-Mail: wulff.nicole@picturepress.de

Druck:

Presse-Druck- und Verlags-

GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer

Morgen Großdruckerei und Verlag

GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und

Verlagszentrum GmbH & Co. KG,

58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungs-

druck GmbH, 10365 Berlin

A B H M